

Inhaltsverzeichnis

A. Europäischer Demokratiediskurs und Unionsrecht	19
I. Die Bedeutung unionsrechtlicher Ansätze im Kontext der europäischen Demokratiedebatte	22
1. Die demokratischen Grundsätze des Lissabonner Vertrages als Kern eines supranationalen Demokratieverständnisses	22
2. Theoretische Grundlegung: Unionales Demokratieverständnis zwischen primärrechtlichem Autonomieanspruch und staatsrechtlichem Souveränitätsvorbehalt	26
a. Das Spannungsverhältnis von Autonomie des Unionsrechts und mitgliedstaatlicher Souveränität	26
aa. Die europarechtliche Prämissee: Uneingeschränkter Anwendungsvorrang des Unionsrechts	27
(1) Die Rechtsprechungslinie des EuGH	27
(2) Praktische Implikationen	28
bb. Die staatsrechtliche Sichtweise: Autonomie bei gleichzeitiger Abgeleitetheit des Unionsrechts	30
cc. Reflexive und kooperative Verfassungsfortbildung im europäischen Verfassungsverbund als Versuch einer theoretischen Synthese	31
b. Die Herausbildung des unionalen Demokratieverständnisses als Folge eines dialektischen Ablösungsprozesses im europäischen Verfassungsgerichtsverbund	37
II. Der Bedarf einer theoretischen Grundlegung und der Aufnahme interdisziplinärer Bezüge	38
1. Zur Notwendigkeit einer theoretischen Hinterfragung überkommen Begrifflichkeiten aus dem tradierten Begriffsfundus der Demokratietheorie	38
2. Aufnahme interdisziplinärer Bezüge	40
3. Vorverständnis und Erhalt rechtswissenschaftlicher Kritikfähigkeit	41

III.	Globalisierung und gesellschaftliche Differenzierung als empirischer Kontext	43
1.	Globalisierung und demokratische Herrschaft	43
2.	Gesellschaftlicher Pluralismus und Entscheidungskomplexität	44
IV.	Zum Fortgang der Untersuchung	48
B.	Theoretischer Entwicklungsrahmen europäischer Demokratie jenseits des Nationalstaates	49
I.	Vorverständnisse: Die europäische Demokratiedebatte als Widerstreit demokratietheoretischer Universalismen und Partikularismen	51
1.	Elemente demokratietheoretischer Partikularismen	51
a.	Demokratie-, staats- und sozialtheoretische Grundanlage	51
aa.	Rousseausche Volkssouveränität und Wandel des kontraktualistisch begründeten Volksverständnisses als ideengeschichtlicher Ausgangspunkt	52
(1)	Volkssouveränität als formeller Begründungszusammenhang des Nexus von Staat und Demokratie	53
(2)	Holismus und Partikularismus - Gemeinwille, Gemeinwohl, gesellschaftliche Homogenität als inhaltliche Begründung der Partikularität der demokratischen Herrschaftsform	54
(3)	Volkssouveränität und Wandel des Volksverständnisses	59
bb.	Demokratie als Frage der Konzeption der politischen Gemeinschaft – kommunitaristische Staatsphilosophie als zeitgenössischer materieller und individual-ethischer Begründungszusammenhang des Nexus von Staat und Demokratie	63
cc.	Funktionelle Argumente – Funktionsgrenzen der Mehrheitsregel als demokratietheoretische Wendung der Frage nach „gesamtstaatlicher“ Integration	73
b.	Die Umsetzung der Rousseauschen Theorie im modernen Verfassungsstaat – die Theorie demokratischer Repräsentation <i>Emmanuel Joseph Sieyès</i>	78
aa.	Volkssouveränität, Repräsentationsgedanke und majoritäre Tradition	79
bb.	Identitäre Theorien der Repräsentation und Verfassungswirklichkeit	82

2. Elemente demokratietheoretischer Universalismen	85
a. Die Ansätze in der praktischen Philosophie <i>Kants</i> und <i>Lockes</i> als Ausgangspunkt	85
aa. Universalistische demokratietheoretische Begründung bei <i>Kant</i>	88
bb. Die Konzeption des sittlich neutralen Staatswesens bei <i>Kant</i> als Voraussetzung von Demokratie in pluralistischen Gesellschaftskonzeptionen	89
b. Anthropologische und sozialtheoretische Grundlagen	90
c. Demokratie unter Bedingungen des Pluralismus	93
aa. Pluralismus in der Verfassungstheorie der Federalists	94
bb. Pluralismus und Repräsentationsgedanke	97
cc. Pluralismus, politische Einheit des Volkes und pluralistische Demokratietheorie	99
dd. Implikationen für den europäischen Demokratiediskurs	102
d. Zur integrativen Kraft des Diskurses verständigungsorientiert handelnder Akteure: Die Rekonstruktion des zeitgenössischen demokratischen Verfassungsstaates durch die Habermassche Diskurstheorie	103
aa. Deliberative Demokratie und europäischer Demokratiediskurs	104
bb. Die Rekonstruktion des demokratischen Verfassungsstaates durch die Habermassche Diskurstheorie	106
(1) Theoretischer Ausgangspunkt und Vergesellschaftungsmodell	106
(2) Deliberation und demokratische Legitimation	109
(3) Das diskurstheoretische Ideal und die Faktizität sozialer Machttaggregation	112
(4) Kritische Evaluation des Konzepts und Bedeutung für den europäischen Demokratiediskurs	114
3. Zusammenfassung	118
II. Demokratie und Öffentlichkeit im supranationalen Kontext	121
1. Demokratieverständnis und normative Anforderungen an den Öffentlichkeitsbegriff	123
a. Funktionen von Öffentlichkeit aus verfassungsrechtlicher und –theoretischer Sicht im deutschen Kontext	123
b. Der Öffentlichkeitsbegriff im europäischen Kontext	123
aa. Liberale, deliberative und kommunaristische Vorverständnisse	123
(1) Öffentlichkeit und kommunaristisches Vorverständnis	124

(2) Öffentlichkeit aus Sicht liberal-pluralistischer Demokratietheorie	126
(3) Öffentlichkeit und deliberatives Demokratieverständnis	129
bb. Die Einheit europäischer Öffentlichkeit und „öffentliche Meinung“	130
c. Kommunikationswissenschaftliche Befunde und Analysen zum Entwicklungsstand europäischer Öffentlichkeit	132
2. Das europäische „Öffentlichkeitsdefizit“ als institutionell bedingtes Defizit	133
a. Öffentlichkeitsdefizit als Problem europäischer Politikvermittlung	133
b. Selektionsmechanismen der Medien	135
c. Institutionelle Gründe	136
3. Normative Rückschlüsse für die europäische Demokratiedebatte	137
 III. Demokratisierungsperspektiven und Implikationen für die europäische Demokratiedebatte	140
1. Folgen der Verknüpfung von Staatlichkeit, Souveränität und Demokratiedanke für die europäische Integration und supranationale Demokratisierungsperspektiven	140
2. „Theoretische Entwicklungshemmnisse“ auf dem Weg zu einem supranationalen Demokratieverständnis?	142
a. Demokratie und nationale Identität als sozialpsychologisches Phänomen	143
aa. Kontextualisierung: Nationale Identität und der Formenwandel sozialer Integration und politischer Herrschaft	143
bb. Zur Trennung von europäischem Demokratie- und Identitätsdiskurs	147
(1) Kollektive Identität und Konstituierungsproblem	147
(2) Nationale Identität und Demokratie im Kontext ebenendifferenzierter Integration	150
(3) Die Bedeutung vorrechtlicher Solidaritätsbeziehungen für die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen	152
(4) Zur Trennung von Identitäts- und Demokratiediskurs	154
b. Demokratie, substantielle Homogenität und Fragen der verbandsübergreifenden Integration	155
aa. Relative gesellschaftliche Homogenität	155
bb. Demokratie und Wertegemeinschaft	159

c.	Demokratischer Diskurs, Sozialisierungskontext und kulturell-geschichtliche „Vorverständnisse“ aus dem Blickwinkel kommunitaristischer politischer Philosophie	162
aa.	National-kulturelle Vorverständnisse als „Funktionsvoraussetzungen“ des politischen Diskurses	163
bb.	Zur grundsätzlichen Bedeutung nationaler „Vorverständnisse“ und Gruppenidentitäten in pluralistischen Gesellschaften	164
cc.	Demokratie und ebenendifferenzierte Integration	168
d.	Vom verbleibenden Nexus von Staat, Souveränität und Demokratie im Kontext der europäischen Integration	169
3.	Demokratie, Staat, Europa – abschließende theoretische Betrachtungen	170
C.	Grundzüge europäischer Demokratie nach dem Vertrag von Lissabon	173
I.	Normative Grundentscheidungen der Verträge	173
1.	Die Unionsbürgerschaft als statusrechtliche Grundlage unionaler Demokratie	174
2.	Normative Grundentscheidungen der Art. 1 und 2 EU als vertiefter systematischer Verständniskontext der Unionsbürgerschaft	177
a.	Union und Gesellschaft	177
b.	Volk und europäische Bürger	178
3.	Demokratie, Gesellschaft und unionale Werte	179
4.	Grundzüge der unionalen Demokratiesystematik	185
a.	Unionsbürger, politische Parteien, Zivilgesellschaft und repräsentative Verbände als rechtlich relevante Akteure des unionalen Demokratieverständnisses	185
aa.	Das Konzept der Zivilgesellschaft im unionalen Recht	186
bb.	Zivilgesellschaft und repräsentative Verbände	188
cc.	Politische Parteien auf Ebene der Union	192
dd.	Zivilgesellschaft, Parteien und repräsentative Verbände als Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation und organisierte Formen politischer Teilhabe der Unionsbürger	193
b.	Der Grundsatz repräsentativer Demokratie	194
aa.	Repräsentative Demokratie als Grundlage unionaler Demokratie	194
bb.	Rechenschaftspflichtigkeit und Verantwortlichkeit als Kern des unionalen Repräsentationsgedankens	195
(1)	Verantwortlichkeit als zentrale Begriffskategorie des Unionsrechts	196

(2) Wahlen, darauf aufbauende personelle Berufungsakte und zeitliche Begrenzung der Amtszeit als Korrelat demokratischer Verantwortlichkeit	196
(3) Der unionale Grundsatz der Offenheit als Element demokratischer Verantwortlichkeit	198
c. Offenheit, demokratisches Leben und Partizipation	198
aa. Der Grundsatz der Offenheit in der Normssystematik der Verträge	198
bb. Bedeutungsgehalte des Grundsatzes der Offenheit	202
(1) Publizitätsfunktion: Offenheit, Dokumentenzugang und Öffentlichkeit des Organhandelns	202
(2) Transparenzfunktion: Transparenz als qualitatives Attribut der Publizitätsfunktion	204
(3) Inklusionsfunktion: Offenheit und Partizipation	205
cc. Offenheit, Partizipation und repräsentative Demokratie	207
d. Bürgernähe, Subsidiarität und Partizipation	207
II. Repräsentative Demokratie im institutionellen Kontext der Union	208
1. Das europäische Parlament als unmittelbare Vertretung der europäischen Bürger	209
a. Von der „Vertretung der Völker der Union“ zur Vertretung der Unionsbürger	209
b. Inkurs: Repräsentationsfunktion, Abgeordnetenkontingente und demokratische Gleichheit gemäß Art. 9 EU	212
aa. Bedeutung der Frage nach systemimmanenter Rechtfertigungsgründen einer Verzerrung des Stimmengewichts durch die Sitzekontingentierung im Parlament	212
bb. Systemimmanente Rechtfertigungsansätze	213
cc. Ergänzende repräsentationstheoretische Erwägungen	214
dd. Insbesondere: Die Bedeutung „europäischer Wahlkämpfe“ für die Repräsentationsfunktion des Europäischen Parlaments	216
2. Rat und Europäischer Rat als Foren mediatisierter Repräsentation	219
3. Organschaftliche Repräsentation sektoraler und territorialer Querschnittsinteressen in den beratenden Einrichtungen der Union	221
a. Der Ausschuss der Regionen	221
b. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss	223
4. Die Europäische Kommission im Kontext des unionalen Repräsentativsystems	224
a. Die Sonderstellung der Europäischen Kommission als unabhängiges Organ	224

b.	Die Europäische Kommission im Kontext repräsentativer Demokratie nach Art. 10 Abs. 1 EU	225
c.	Deutungs- und Entwicklungserspektiven der Rolle der Kommission im Rahmen repräsentativer Demokratie auf unionaler Ebene	227
d.	Institutionelle Unabhängigkeit und politische Letzverantwortung	228
5.	Grundzüge eines Systems unionaler „Repräsentativverfassung“	229
a.	Pluralistische Grundanlage und prozedurales Repräsentationsverständnis als adäquater Deutungsrahmen der unionsrechtlichen Konzeption	229
b.	Die prozedurale Grundanlage repräsentativer Demokratie der Union im Rahmen der Gesetzgebung	230
c.	Kritik und mögliche Einwände	231
III.	Die Erweiterung des unionalen Repräsentativsystems – Offenheit, Transparenz und Partizipation	233
1.	Systematik und Grundanlage	233
a.	Art. 11 EU als Ziel- und Rahmennorm	233
b.	Sozialer Dialog auf Unionsebene als Vorbild der Norm	235
2.	Zivildialog und „demokratisches Leben“ der Union	237
a.	Das Konzept des „horizontalen“ Zivildialogs in Art. 11 Abs. 1 EU	237
b.	Die Konzeption des „vertikalen“ Zivildialogs in Art. 11 Abs. 2 EU	239
aa.	Konkretisierung und Einordnung	239
(1)	Konkretisierungen in der Organpraxis der Union	240
(2)	Inkurs: Weitere Möglichkeiten der Ausgestaltung im Rahmen „unionaler Governance“?	242
bb.	Interpretative Leitlinien und rechtlicher Rahmen der Ausgestaltung des vertikalen Zivildialogs	245
cc.	Art. 11 Abs. 2 EU und gerichtliche Durchsetzbarkeit	247
3.	Konsultationen der Europäischen Kommission nach Art. 11 Abs. 3 EU	249
a.	Systematische Einordnung der „Anhörungen“ im Sinne von Art. 11 Abs. 3 EU	249
b.	Der Begriff der Betroffenen in Art. 11 Abs. 3 EU	251
c.	Transparenz und Kohärenz als Zwecksetzungen des Anhörungsverfahrens	251
d.	Rechtliche Vorgaben für die Durchführung der Anhörungen nach Art. 11 Abs. 3 EU	253
4.	Die Europäische Bürgerinitiative als unmittelbar-bürgerschaftlich initiierte Form der Partizipation und Interessenrepräsentation	254

a.	Die Europäische Bürgerinitiative in Abgrenzung von anderen Formen politischer Teilhabe	255
aa.	Zielrichtung der Europäischen Bürgerinitiative	255
bb.	Die Europäische Bürgerinitiative in der Systematik der Rechtsinstitute nach Art. 24 AEU	255
(1)	Europäische Bürgerinitiative und das Petitionsrecht zum Europäischen Parlament	255
(2)	Europäische Bürgerinitiative und Art. 24 Abs. 4 AEU	256
(3)	Europäische Bürgerinitiative und das Recht auf Anrufung des Europäischen Bürgerbeauftragten	257
b.	Rechtsfolgen und Wirkungen der Europäischen Bürgerinitiative	257
c.	Die Europäische Bürgerinitiative in der institutionellen Arithmetik der Verträge	260
aa.	Das Verhältnis zum Europäischen Rat	260
bb.	Das Verhältnis zum Europäischen Parlament	260
cc.	Das Verhältnis zum Rat	261
dd.	Das Verhältnis zur Kommission	262
ee.	Europäische Bürgerinitiative als Instrument der Effektivierung des Verantwortungszusammenhangs zwischen Organen der Union und Unionsbürgern	262
d.	Die Europäische Bürgerinitiative im Deutungskontext pluralistisch-repräsentativer und deliberativer Demokratietheorien	263
5.	Deutung und kritische Evaluation des Konzepts „partizipativer Demokratie“ im Unionsrecht	264
a.	Das Stufensystem bürgerschaftlicher Beteiligung nach Art. 11 EU	264
b.	Praktische Bedeutung und theoretischer Deutungsrahmen bürgerschaftlicher und assoziativer Partizipation im Rahmen des Art. 11 EU	265
aa.	Elemente unionsbürgerlicher, zivilgesellschaftlicher und verbandlicher Beteiligung im Kontext pluralistischer Deutungsmuster	265
bb.	Offenheit und Bürgerbeteiligung nach Art. 11 EU im Deutungskontext deliberativer Demokratietheorien	266
cc.	Das partizipative Konzept des Art. 11 EU im Kontext repräsentativer Demokratie nach Art. 10 EU	267
c.	Grad der Institutionalisierung, Perspektiven der Rechtsfortbildung und Bewertung des unionalen Konzepts partizipativer Demokratie	268
aa.	Grad der Institutionalisierung und praktisches Potential	268

bb. Rechtliche Entwicklungsperspektiven weiterer Institutionalisierung	270
IV. Verstärkte Verantwortlichkeit: Transparenz, institutionalisierte Kontrolle und verantwortungsvolle Regierungsführung	273
1. Transparenz, Kontrolle und verantwortungsvolle Regierungsführung im Kontext der Bestimmungen der Europäischen Grundrechtecharta	274
2. Der Europäische Bürgerbeauftragte als Element der Transparenz, Kontrolle und Effektivierung der demokratischen Rückbindung im unionalen Repräsentativsystem	276
3. Die nationalen Parlamente und der Ausschuss der Regionen als Elemente der Transparenz, Kontrolle und Effektivierung demokratischer Verantwortlichkeit im unionalen Repräsentativsystem	278
a. Die gestärkte Rolle der nationalen Parlamente im Rahmen der Kontrolle der Rechtsetzungstätigkeit des Rates	278
b. Die nationalen Parlamente als Elemente der politischen Kontrolle unionaler Behörden und der „guten Arbeitsweise“ der Union	280
c. Die Beteiligung der nationalen Parlamente und des Ausschusses der Regionen an der Subsidiaritätskontrolle	281
V. Grundelemente eines unionalen Demokratieverständnisses	282
1. Grundzüge des unionalen Demokratieverständnisses	282
a. Strukturelemente unionaler Demokratie als Teil eines kohärenten Ansatzes	282
b. Repräsentative Demokratie, Offenheit, Partizipation und Transparenz	282
c. Offenes Regieren und verantwortungsvolle Regierungsführung: Aktivierung von Verbänden und einzelnen Bürgern zur Effektivierung politischer Verantwortungszusammenhänge	285
d. Unionales Demokratieverständnis, Gemeinschaftskonzeption und Rechtsverständnis	287
e. Konzipierung des Verhältnisses von Union und Gesellschaft	288
2. Elemente eines unionalen Legitimationsbegriffs	288
a. Die Verantwortlichkeit repräsentativer Organe als Kern des unionalen Legitimationsmodells	289
b. Ergänzung durch Offenheit und effektivierte Verantwortlichkeit	290

3. Entwicklungsperspektiven europäischer Demokratie: Konkordanzsystem, Bürgerbeteiligung und bürger- unmittelbare Gesetzgebung	291
--	-----

Zusammenfassung	293
Literaturverzeichnis	307
Sach- und Personenverzeichnis	333